



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

87 (21.2.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-179559](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-179559)

Herr Stresemann natürlich ebenso willkommen wie alle anderen Redner, alle bis auf den großrussischen „Legitimisten“ Herrn Ledebour und den polnischen Herrn Sedo, der voll Bitternis von einer dritten Teilung Polens sprach. Das war nach den entgegenkommenden Erklärungen, die Herr von Kühlmann im Reichstag und auch Herr von Seidler in Wien abgegeben haben, eine starke Heberhebung und Heberhebungen schaden immer. Und Herr Sedo mußte es denn auch erleben, daß er Abfage um Abfage erhielt. Und als Dr. Stresemann von dem Bericht erzählte, daß polnische Legionäre sich der Räteregierung zur Verfügung gestellt hätten, um mit deren Truppen die Ukraine mit Krieg zu überziehen, und meinte: auf die Art könnte das Fach denn doch zum Ueberlaufen kommen, Klatschen gar die Leute auf den Tribünen in die Hände. Aber schließlich war diese Unterhaltung über das polnische Problem, das Herr von Kühlmann mit gutem Grund für eine spätere Zeit aufzusparen riet, im gestrigen Zusammenhang Redenach. Auch das Auftreten des greisen Fürsten Radziwill konnte hier nicht mehr sein, als eine eindrucksvolle Epilode. Das Wesentliche blieb, daß bei dieser Aussprache über den ersten Friedensvertrag, der Versche legt in den Ring unserer Feinde, die Grundlagen einer wahrhaften deutschen Disposition um Regierung und Reichstag festgelegt wurden. Daß sie Herrn Hochst und Ledebour, Herrn Georg Bernhard und den Schriftgelehrten der Sozialistischen Monatshefte mißfallen werden, wird man am Ende zu tragen wissen.

Deutscher Reichstag.

(Schluß.)

Berlin, 20. Februar.

Abg. Dr. Stresemann (Nat.):

Wir danken Herrn von Kühlmann für seine geschickte Tätigkeit und das Pflichtgefühl, das ihn sich überwinden ließ, sich mit einem Herrn Rodel an einen Tisch zu setzen. Die Unterzeichnung des Vertrages der Obersten Heeresleitung ist nicht ganz in der Ordnung, aber von untergeordneter Bedeutung. Verdanken wir es doch der Obersten Heeresleitung, daß wir überhaupt zu einem Friedensschluß gekommen sind. Grundständig stimmen alle Parteien dem Vertrag zu, weshalb soll man sich da an Formalitäten stoßen? Es sollte aber künftig unterbleiben, daß einzelne Bundesstaaten Vertreter zu den Verhandlungen entsenden. Wir wollen als deutsche Einheit gelten.

Nach Dr. David soll das Friedensbedürfnis der Völker nicht groß sein. Dabei unterdrücken sie jeden Versuch, das Selbstbestimmungsrecht der Völker praktisch anzumenden. Trotz hoffte auf innere Unruhen bei uns. Durch unser rasches Eingreifen sind sie von Nord und Süd abgekommen, die stets eine Schande bleiben werden. Wir müssen in den russischen Friedensvertrag die Forderung aufnehmen auf sofortige Freilassung der deutschen Gefangenen in Estland und Litauen und Anerkennung der Ukraine.

Die Gefühle der Völker verstehen wir, die sie erfüllen, wo ihnen ein Teil ihres erträumten Zukunftslandes genommen wird. Was hätte man aber zu unseren Staatsmännern gesagt, wenn sie wegen des Holmer Bezirks die Verhandlungen hätten scheitern lassen? Sie wären gefeiert worden. Was haben die Polen getan, um sich Empathien bei uns zu sichern. (Sehr gut.) Wenn es zutrifft, daß die polnischen Legionäre mit Rußland gegen die Ukraine ziehen, so zerreißen sie den Vertrag vom 9. November 1918. Das wäre ja viel verlangt. Sie hatten keine polnischen Armeen, die mit Deutschland gegen Rußland ziehen wollten. (Beifall und Handklatschen auch auf den Tribünen.)

Millionen von Menschen sind in den letzten Tagen die Augen aufgegangen über den Unterschied zwischen Anarchie und Ordnung. (Sehr richtig.) Wir erkennen die Notwendigkeit, daß Österreich-Ungarn mit rumänischem Getreide und künftigen mit ukrainischen Erzeugnissen versorgt wird. Da darf man aber in Wien die Dinge nicht auf den Kopf stellen. Die Deutschen in den Ostseeprovinzen werden für den Frieden erklärt. Da müssen wir ihnen Hilfe bringen. Dann können wir getrost einer Volksabstimmung entgegengehen. Die deutschen Völker haben ihre deutsche Kultur voll bewahrt, ein glänzendes Beispiel für die amerikanisierten Enkel deutscher Großväter. (Sehr richtig.) Der Krieg wird nicht durch das Schwert der Kräfte, sondern durch die Kräfte des Schwertes beendet. Mit einem deutschen Siege werden wir zum Frieden gelangen. (Beifall und Handklatschen.)

Abg. Graf Westarp (kons.):

Der Friedensschluß ist Sache des Kaisers, nicht des Parlaments. Wir begrüßen den Friedensschluß mit der Ukraine als erste Insel im Meer des Weltkriegs, namentlich im Hinblick auf Österreich-Ungarn und die Türkei ist der Friedensschluß zu begrüßen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen und rechtlichen Seite des Vertrages ist Gutes und Nützliches geleistet worden. Der Vertrag kann als Ganzes als mäßig gültig bezeichnet werden. Die Resolution hat Rußland nicht glücklich gemacht. Bestehende und künftige Verträge sind über das hinauszuweisen, was man früher dem Zarismus mit Recht oder Unrecht vorwarf. (Sehr richtig.) Es wäre besser gewesen, man wäre von vornherein mit offenem Bissler eingetreten und hätte die deutschen Interessen auf Grund der durch deutsche Schwere erworbenen Rechtsstellung gewahrt.

Dr. David sagt, ein Teil des deutschen Volkes hätte Gott auf den Knien gedankt, daß der Friede nicht zustande gekommen wäre. Das ist eine frivole, gefällige Unterstellung. (Wärm links.) Abgeordneter Dr. Dose rügt den Ausdruck. Ich muß annehmen, daß Dr. David gegen besseres Wissen die Ausführungen gemacht hat. (Erneuter Bism. Jurist. Schamloser Gefelle.) Der Abgeordnete rügt den dem Abgeordneten zur Ordnung.) Wo Argumente fehlen, greifen sie zu gefälligen Ausdrücken.

Wir begrüßen das Vorgehen unserer Truppen, da wir die Pflicht haben, den Schutz der bedrängten Ostseeprovinzen auf deren Hilferuf zu gewähren.

Abg. v. Holm (D. F.):

Wir begrüßen die vorgelegten Verträge mit Freuden und ermuntern, daß der Austausch ukrainischer Agrar- mit deutschen Industrieerzeugnissen baldigt in die Wege geleitet wird. In den Ostseeprovinzen ist eine Trennung von Deutschen und Polen nicht denkbar. Die Polen mögen sich zu den preußisch-deutschen Staatsnotwendigkeiten bekennen. An Entgegenkommen gegen die Polen hat es in Deutschland, speziell hier im Reichstag, niemals gefehlt. (Der heutige Punkt ist eine Folge des energischen Vorgehens.) (Sehr richtig.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.):

Wir zweifeln nicht daran, daß auch Graf Westarp einen Frieden will. Auch Trojky will einen Frieden. Dieser ist aber nicht nach ihrem Geschmack. Herr v. Kühlmann hat jetzt den Beifall der Rechten. Ich bedaure ihn deshalb. (Heiterkeit.) Der Beifall in der Kommission war besonders groß, als er die Polen in einem Maße heruntermachte, wie ich es höchstens in Kofferten kennen gelernt habe. (Lachen.) Abgeordneter Dose ersucht den Redner sich zu nähern.)

Die Ukraine ist ein Teilstaat Rußlands. Mit ihr hätte ein Frieden nur abgeschlossen werden dürfen mit Zustimmung des übrigen Rußlands. Die inneren Wirren Rußlands gehen uns nichts an. Für Sie gilt es nur, einen sittlichen Vorwand für weitere Eroberungspläne zu finden. (Lachen.) Dr. Stresemann spricht sich gegen Annerkennung aus, ist aber für Annexionierung polnischer Gebiete, soweit es das militärische Interesse verlangt und soweit sie von den Großherzögen Hindenburg und Ludendorff gewünscht wird. (Große Unruhe.) Abgeordneter Dr. David rügt diesen Ausdruck. Jurist bei den Unabh. Soz.: Gebenbilder! Erneuter Unruhe rechts und links.) Wenn Sie und den Friedensschluß überlassen (Lachen, Jurist: Volkswirtschaftler), dann würden sich Ihre Kinder und Enkelkinder auch darüber freuen, während Ihr Frieden nur der Vater neuer Kriege ist. Der Protest gegen die Ein-

reichung der Polen in die Ukraine geht von ganz Polen ohne Unterschied der Partei aus. (Sehr richtig.) (Der Redner) zeigt sich aber die Unvergleichlichkeit unserer Diplomatie. Wir hoffen nicht auf die Regierung, daß sie uns wirklich einen dauernden Frieden bringe, den kann nur das internationale Proletariat durch Massenstreik erzwingen.

Herr Radziwill (Pol):

Die Ausnahmemaßnahme gegen die Polen wollen diese auskosten. Wir loben der preussischen Regierung dankbar, wenn sie diese Besetzung abtrage würde. Ein Besatzungsregiment muß auch unter den Nationalitäten eintreten. Auch die Polen haben in diesem Kriege ihr Blut vergossen. Sie kämpfen für Deutschland, aber auch für Polen.

Staatssekretär von Kühlmann:

General Hoffmann war als Vertreter der Obersten Heeresleitung auf Vorschlag des Reichszanlers vom Kaiser zu den Verhandlungen als Bevollmächtigter entsandt. Dies war nötig, weil die Verhandlungen während des Waffenstillstandes im besetzten Gebiet stattfanden. Da war es erwünscht, jederzeit einen Vertreter der Obersten Heeresleitung zugegen zu haben. Der Reichszanler hat sich bewährt und wird auch wohl beibehalten werden. Es ist übrigens nichts Neues.

Abg. Gröber (Zent.): Die Sache hat nur oberflächliche Bedeutung. Darauf wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Postentwurf des Abg. Dittmann, ukrainische Verträge, Bericht des Haushaltsausschusses betr. Militärisches. Schluß 7 Uhr.

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Das Mehrstimmwahlrecht im Ausschuss angenommen.

Berlin, 20. Febr. (W.Z. Nichtamtlich.) In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konservativ-freikonservative Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmwahlrechts mit 20 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen und damit der § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorseht, für erledigt erklärt. Für den Antrag stimmten 12 Konservative, 4 Freikonservative, 4 Nationalliberale, gegen den Antrag die übrigen Mitglieder.

□ Berlin, 21. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich, wie wir hören, in ihrer gestrigen Fraktionsfassung mit einer Mehrheit, die etwa der Zusammensetzung ihrer Vertretung im Ausschuss entspricht, nämlich mit 44 gegen 25 Stimmen gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung entschieden. Wir brauchen nach allem, was wir hier wiederholt vorgebracht haben, kaum zu sagen, daß wir diesen Beschluß lebhaft beklagen. Eine endgültige Entscheidung bedeutet er aber noch nicht. Diese wird erst die Abstimmung im Plenum bringen. Dasselbe gilt von der Abstimmung im Wahlrechtsausschuss, wo der freikonservative Antrag auf ein Mehrstimmwahlrecht mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen, und der Regierungsentwurf somit erledigt wurde. Wenn es zur Abstimmung im Plenum und somit hart auf hart kommt, dürfte sich nach Ansicht kundiger Männer dieses Stimmverhältnis doch vielleicht ändern.

Friedberg erklärt das Mehrstimmrecht für unannehmbar.

Berlin, 20. Febr. (W.Z. Nichtamtlich.) Im Wahlrechtsausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, es sei die Frage aufgetaucht, wie seine Antwort auf die Frage des nationalliberalen Abgeordneten betr. der Stellung der Staatsregierung zur Wahlrechtsfrage, die sich nicht auf Beschuldigung oder Einkommen geändert, zu interpretieren sei. Bei der Ausdeutung, die seine Worte in der Presse gefunden hätten, wundere es ihn nicht, daß Mißverständnisse entstanden seien. Er habe auf die Anfrage erwidert, daß die Prüfung dem Staatsministerium vorbehalten bleiben müsse. Diese Prüfung habe inzwischen stattgefunden. Material über die Staatsregierung eine Zusatzstimme für Alter und Familienstand nicht für eine Verbesserung an. So werde dadurch das Gefühl der Ungleichheit von neuem erweckt. Schon daher müsse die Regierung dringend davon abraten, sich auf diesen Boden zu stellen. Die Zusatzstimme für selbständige Erwerbstätigkeit halte die Regierung für eine verdeckte Besitzstimme, da für die Selbständigkeit ein fundierter Besitz vorhanden sein müsse. Der Vorschlag habe daher im Widerspruch zu der Regierungsvorlage. Gegen die Bildungstimme beständen zwei Anstände. Sie enthalte ein gewisses pekuniäres Element, denn im allgemeinen hänge es von dem Einkommen der Eltern ab, ob sie den Kindern eine höhere Bildung angeheben lassen können. Es sei aber auch eine Ungleichheit, die zu benachteiligen, die von Hause aus nicht in der Lage gewesen wären, sich eine höhere Schulbildung anzueignen, später aber durch Fleiß und Tüchtigkeit es zu einer höheren Bildung gebracht hätten. Diese „Bildungstimme“ sei daher richtiger als Vorbildungsstimme zu bezeichnen. Ihre Annahme würde bei weitem Kreisen der Bevölkerung aufreizend wirken. Der Vizepräsident schloß: Aus allen diesen Gründen vermag die königliche Staatsregierung in den angebotenen Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würden die Zwecke, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in der Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel früher demokratisieren, als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzstimmen. Dadurch würde in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfes, das gleiche Wahlrecht, verlassen und auf das Pluralwahlrecht zurückgegriffen werden solle. Das liege aber nicht in der klar ausgesprochenen Absicht der königlichen Staatsregierung. Er könne deshalb die Zustimmung der königlichen Staatsregierung zu den Vorschlägen des nationalliberalen Abgeordneten nicht in Aussicht stellen.

Bairischer Landtag.

Zweite Kammer. — 28. Öffentliche Sitzung.

M.C. Karlsruhe, 20. Februar.

Um 9 Uhr 20 eröffnete Präsident Kopf die Sitzung. Das Haus trat in die Tagesordnung ein.

Abg. Banjbach (N. V.) verlas seine kurze Anfrage über die Elektrizitätsversorgung auf dem Lande.

Staatsminister Freiherr v. Bodman: Der Regierung ist die Sachmittel auf dem Lande bekannt, der Mangel an Baukosten und an Arbeitskräften erschwert jedoch die weitere Elektrizitätsversorgung des Landes. Das Murgewert wird zwar kollendet, aber solange die geringen Mängel bestehen, kann keine allgemeine Elektrizitätsversorgung durchgeführt werden.

Abg. Dr. Schöfer (Zent.) berichtete für die Budgetkommission über den Staatsvoranschlag für 1918-19, Hauptabteilung 4: Groß. Ministerium des Innern. Aus dem Bericht über den Budgetkommission teilte der Berichterstatter u. a. mit: Die Regierung hat auf eine Anfrage erklärt, daß die Abisierung der Metallidentitäten jetzt erfolgen solle. Sie habe bisher noch nicht stattfinden müssen, da die Denkmäler weniger Metallwert hätten, als die Meden. Der Berichterstatter wendete dem in Ruhestand getretenen Leiter des Gewerbaufsichtsamtes, Geh. Oberregierungsrat Dr. Dittmann, Worte der Anerkennung. Die Abwertung in Baden seien sehr verschieden, hohe Abwertung in der Rüstungsindustrie, sehr niedrige aber auch Hungerlöhne gegenüber, namentlich in Südbaden. Zur Jugendfürsorge sollen Jugendämter errichtet werden. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot wurde der Bau von Arbeiterwohnungen in Karlsruhe beschlossen. In Karlsruhe wird ein Arbeiterwohnheim errichtet. Der Arbeit der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Karlsruhe widmete der Berichterstatter aus Anlaß ihres 25-jährigen Bestehens Worte des Dankes. Der Berichterstatter besprach weiter die einzelnen Anforderungen des Etats und wendete dem Kapitel „Landwirtschaft“ auch dem jüngst verstorbenen Geh. Oberregierungsrat Hajner, der sich um die bayerische Landwirtschaft große Verdienste erworben hat, einen Nachruf. Schließlich bat der Berichterstatter um Annahme sämtlicher Positionen. Hierauf führte Dr. Schöfer als Diskussionsredner aus: Man muß eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verlangen, nicht nur, um einem Wirtschaftskrisis nach dem Kriege zu begegnen, sondern auch, um unsere Valuta zu verbessern. Die Phantasielöhne in der Rüstungsindustrie wirken manchmal demoralisierend. Ein Sparmaß für Jugendliche wäre darum zu empfehlen. Hungerlöhne bestehen jedoch in der Seidenbandweberei, in der Wärfenbinderei und in der Herstellung künstlicher Blumen. An christlicher Moral gemessen, ist die Zahlung schlechter Löhne eine schreiende Sünde. Der Grund, der die Arbeiter zu dem letzten Streik veranlaßt hat, war eine politische Dummheit. Der Redner wandte sich gegen die Zusammenlegung der Gewerbebetriebe und forderte eine sittlich-religiöse Erziehung des Volkes.

Abg. Muser (Fr. W.) verwahrte seine Partei gegen den Vorwurf, als hätte sie kein Interesse für die Landwirtschaft. Dann verwahrte sich der Redner über Zollfragen, über Einfuhrzölle, über innere Kolonisation und über die Entschuldung des Grundbesitzes.

Abg. Präsident Kohlhörst, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, meinte unter Heiterkeit des Hauses: Wir kehren jetzt wieder zum Ministerium des Innern zurück.

Abg. Hartmann (Zent.) bedauerte, daß der Arbeiterkampf während des Krieges nicht in vollem Umfange durchgeführt wurde, empfahl sozial-hygienische Forderungen und die Schaffung eines sozial-hygienischen Instituts.

Abg. Rall (Zent.) forderte, daß die Regierung die gemeinnützige Bautätigkeit nach Möglichkeit fördere.

Der Präsident teilte mit, daß ein Antrag Muser und Genossen eingegangen ist, durch den verlangt wird, daß mit Rücksicht auf die bedeutenden Gewinne der Landwirtschaftskammer die Anforderungen für die Landwirtschaftskammer im Etat gestrichen werden sollen.

Hierauf vertagte sich das Haus zur Fortsetzung der heutigen Aussprache auf morgen Vormittag 9 Uhr. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Der Staatsbeitrag zur Landwirtschaftskammer.

× Karlsruhe, 20. Febr. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde von den Mitgliedern der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei folgender Antrag eingebracht: „Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Landwirtschaftskammer aus ihrem Bereich sehr erhebliche Einnahmen erzielt hat und erzielt und deshalb jedenfalls zur Zeit eine Antragsaufnahme der Staatskasse zu ihrer Unterstüzung nicht notwendig ist und im Hinblick auf die heute besonders zwingende Pflicht der möglichsten Schonung des Staatsbudgets, beantragen wir den Ertrag der in Artikel 17 des Verordnungs des Dr. Ministeriums des Innern der Landwirtschaftskammer für 1918/19 zugedachten jährlichen Staatszuschüsse von 35 000 Mark und 40 000 Mark — Dieser Antrag wird bei der Beratung der Landwirtschaftskammer in der 2. Kammer behandelt werden.“

Aus der Verfassungskommission der 2. Kammer.

× Karlsruhe, 21. Febr. In der gestrigen Sitzung der Verfassungskommission der Zweiten Kammer kamen die Anträge auf Reform der ersten Kammer zur Beratung. Ueber diese Frage fand zunächst eine Generaldebatte statt. Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen begründeten die Anträge ihrer Parteien. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, daß die Anträge ihm nicht sehr sympathisch seien. Seine Partei sei für Abschaffung der 1. Kammer. Auf keinen Fall sollte die Stellung der 1. Kammer gegenüber der Volkskammer gestärkt werden. Die dringlichste Reform sei die Abschaffung der Vorrats des Wels. Staatsminister Freiherr von Bodman erklärte, er halte die Frage einer Reform der 1. Kammer nicht für so dringlich, daß schon dem nächsten Landtag eine Gesetzesvorlage zu machen wäre. In der weiteren Ansprache herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Arbeiterkammer auch eine Vertretung in der 1. Kammer erhalten müsse.

Die goldene Hochzeit des bayer. Königspaars.

München, 20. Febr. (W.Z.) Anläßlich des Goldenen Hochzeitstages des Königs von Bayern wurde in den bayerischen Ländern ein Festtag gefeiert. In allen großen und kleineren Städten, ebenso in den Pfarrkirchen der Landgemeinden wurden Festgottesdienste abgehalten. Am glanzvollsten gestaltete sich die Feier in der Residenzstadt München. Eine feierlich gestimmte Menge durchströmte von den Vormittagsstunden an die Straßen der inneren Stadt, die einen überaus reichen Fahnenzirkel zeigte. Festliches Gekläne aller Klänge leitete den Zug ein. Den Höhepunkt der kirchlichen Feiern bildete der Festgottesdienst vormittags 10 Uhr im altberühmten Dom. Auf dem Wege vom Wittelsbacher Palais bis zur Kirche bildeten Truppen der Garnison, vor ihnen die Schuljugend, Spalier. Im feierlichen Zug zogen der König und die Königin im vierspännigen großen Brunnenwagen, zu dessen Seiten königliche Beamte ritten, nach dem Dom. Auf der ganzen Fahrt waren sie Gegenstand jubelnder Ovationen. Bei ihrem Eintritt in den Dom erlangten Fanfaren. Der Erzbischof Dr. von Faulhaber geleitete mit dem großen Domkapitel das Königspaar, dem der große Dienst, die minderjährigen Prinzen und Prinzessinnen zu dem im Presbyterium aufgestellten Thron voranschritten. Weiblich gekleidete Mädchen mit grünen Girlanden und königliche Wagenschriten zu beiden Seiten des Jubelpaares. Im Presbyterium hatten weiter noch Platz genommen die Mitglieder der königlichen Familien, die auswärtigen fürstlichen Gäste, das diplomatische Korps, darunter der päpstliche Nuntius, die Direktoren der Kammer der Reichsräte, der Kommer der Abgeordneten. Die weiten Räume des Domes waren dicht gefüllt. Im Mittelschiff sah man in ihren glänzenden Uniformen die Staatsminister, die Landesherren, die Offiziersabteilungen, die Vertretungen vom Magistrat, das Gemeindekollegium, die Damen des diplomatischen Korps und andere. Die Feier begann mit einer Ansprache des Erzbischofs Haushaber an das Königspaar, worin er auf die Bedeutung des Jubeltages hinwies, woran das ganze Land und das ganze Volk teilnehme und den Segen des Allmächtigen auf den König und die königliche Familie herabschickte. Die vom Erzbischof vorlesenen Fragen aus dem Ritual wurden zuerst vom König und dann von der Königin beantwortet, worauf das Königspaar sitzend den oberkirchlichen Segen zum Gebet erhielt. — Daran schloß sich eine Messe an, wobei die Priester des katholischen Klerus Münchens Chöre sangen und die königliche Kapellkapelle kirchliche Lieder vortrug. Mit dem gemeinsamen Gesungen „Gott wir loben dich“ schloß die erhabene Feier, worauf unter Fanfarenklängen der Auszug der Majestäten aus der Kirche erfolgte.

Die Rückkehr des Jubelpaares nach dem Wittelsbacher Palais erfolgte um 12 Uhr, dort nahmen die Majestäten die Wünsche der königlichen Familie entgegen.

Erhaltung. Diese Beiträge sind zum Preise von 30 Pf. für das einzelne Exemplar durch die Geschäftsstelle des Vereins, Berlin 23, 57, Frobenstraße 1, zu beziehen.

Die Conblieferung an Heu für das Heer. Der stellv. kommandierende General hat bestimmt: Rückstände der Lieferungsverträge über die auf Grund der Berechnung des Reichsanwalts vom 12. Juli 1914 über den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1917 ausgeführten Conblieferungen an Heu für das Heer werden nach den Bestimmungen des Kriegslieferungsgesetzes durch militärische Kommandos beigegeben und zwangsweise den militärischen Bedarfsstellen zugeführt.

Spielplan des Grodh. Hof- u. National-Theaters Mannheim

Table with 3 columns: Hof-Theater, Neues Theater, and dates (21. Februar, 22. Februar, 23. Februar, 24. Februar) with corresponding plays and times.

Fellesechdi Zuversicht.

Den wüschde Wermwind aus Dschde Soll unzer Deutschland mitverschde? Ihr Bolschewische, sacht, no sacht! Wann aa d'r Bschd mordschdich lacht.

Aus dem Großherzogtum.

Schwelungen, 18. Febr. Zur Werbung für die Bad. Gold- und Juwelenanleihe fand gestern im Ballsaale hier ein „Bunter Abend“ statt. Als Ausübende waren neben Mitgliedern der Mannheimer Ballettgesellschaften Frau Wolff, Denzel, Frau Homann-Redau, ferner die Herren Fritz Anger, Hofopernsänger Max Lipmann aus Mannheim, Robert Siebenhaar aus Heidelberg und Hofkapellmeister Paul Beder aus Karlsruhe tätig.

Kirchheim, 20. Febr. Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung mit 21 gegen 9 Stimmen seine Zustimmung dazu erklärt, daß mit der Stadterhaltung Heidelberg über die Eingemeindung Kirchheims angeknüpft werden.

Was; das meint die Schwester auch. Wenn ich nur auf dem einen Auge noch soviel Licht frage, daß ich allein gehen kann. Es ist doch besser, wenn man von anderen Menschen nicht abhängig ist.

Und dann begann er wieder zu spielen, munter und schelmisch lächelnd. Die kleinen Mädchen, die müßt ihr fragen, die kleinen Mädchen — Ich schwieg erschüttert und stammte und bemerkte: Die Debatte der Stunde vorher fiel mir wieder ein. Jetzt wüchte ich die Antwort.

„Wann lohnt das Leben nicht mehr?“ — „Das Leben lohnt immer, wenn wir es fröhlichen Sinnes und frischen Mutes mit beiden Händen anfassen.“

„Und: Was ist im Leben unerträglich?“ — „Nichts ist im Leben unerträglich, wenn wir ihm mit Humor, Kraft und unerschütterlicher Daseinsfreude in das Auge sehen.“

Wenn mir je wieder einmal im Leben eine Klage über das Schicksal auf die Lippen treten will, dann werde ich an den braven Heinrich Meyer von der 10. Kompanie des Reserve-Regiments 56 denken. „Auf daß die Blinden die Sehenden lehren!“ Hauptmann Engelhardt.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Mannheimer Trio. Mit dem am Montag, den 25. Februar im Hofsaal stattfindenden Kammermusik-Konzert finden die so überaus erfolgreichen Triosabende der Herren Reibberg, Witzig und Müller ihren Abschluß für diesen Winter.

liche Inseln, wie Schlußweide, Rauffäßer, Johannistafel usw., aber besonders auch durch unjüde, Gärten und Flur belebenden Gänger.

Redaktionszimmer, 19. Febr. Die bekannte Wirtschaft „zur Steinbader Mühle“ in Steinbach, wurde von der Bodischen Anilin- und Sodafabrik, Werk Redaktionszimmer, gekauft. Es sollen Beamtenwohnungen darin eingerichtet werden.

Heidesheim bei Bruchsal, 19. Febr. Durch Feuer wurden Wohnhaus und Scheuer des Landwirts und Geometers Max Bauer vollständig zerstört. Der Viehbestand konnte gerettet werden. (g. R.)

Baden-Baden, 17. Febr. In der im Restaurant „zum Löwenbau“ stattgefundenen Generalversammlung des hiesigen Grund- und Hausbesitzervereins wurden die Jahres- und Kassenberichte erörtert, denen zu entnehmen ist, daß der Stand des Vereins ein günstiger ist und die Tätigkeit desselben eine sehr rege auch im abgelaufenen Geschäftsjahr war.

Engen, 18. Febr. In der Umgegend ist ein Mann gestorben, der 4200 Mark in barem Golde hinterlassen hat. Das Gold hatte er in das Krankenhaus mitgebracht und in seiner Tasche zugleich mit etwa 2000 Mark Papiergeld verborgen. In Zinsen hätte der tüchtige Mann im Jahre 300 Mark eingenommen, wenn er das Geld zinsbringend angelegt hätte.

Schopfheim, 18. Febr. Infolge eines durch schwere Lungenentzündung hervorgerufenen Fieberwahns hat sich der Bahnwärter Hrz hier heute früh die Kehle durchgeschnitten. Als die Familie, die vor dem mit dem Messer herausstürzenden Manne flüchtete, wieder nach ihm sah, hatte sich der Beduenerwerte bereits verblüdet. Er hinterläßt eine Frau und 8 Kinder.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Frankenthal, 20. Febr. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wurde auf der Weide an der Edighelmer Straße der Hirschkäppchen erbrochen und die 8 Eigentümern gebührende Wäpche gestohlen. Es handelt sich um einen Verlust von 800—1000 Mark. — Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag Nachmittag auf dem Fabrikgelände der Bad. Anilin- und Sodafabrik im Oppauer Betriebe.

Bad Dürkheim, 20. Febr. Dieser Tage verstarb dahier Herr Justizrat Ferdinand Bruck, 19. Notar a. D., im Alter von 60 Jahren. Der Berechtigste stellte sich bereitwillig in den Dienst der Allgemeinheit dieser Stadt in Fremdenverkehrsangelegenheiten usw. Auch erwarb er sich besondere Verdienste in ungelieblicher Hinsicht der Beziehungen zu unseren Kriegesgefangenen und Internierten.

Die Verurteilung Bolo Bajdas.

Zum Abschluß des Prozesses gegen Bolo schreibt Jean Debrin in „Le Peuple“ (Gen) am 15. Februar: Vom Augenblick an, wo der Leutnant Kornet das Schwert des Patriotismus auf die Woge der Gerechtigkeit warf, war das Schicksal des Bajdas besiegelt. Was kommt es auch selbst ohne sichere Ueberführung auf den Tod eines Mannes an in einer Epoche, in der man ohne Vernunft Millionen anderer Menschen hingopfert? Bolo mag ein Verräter sein, darüber wollen wir kein Urteil fällen. Wir sagen nur so viel, daß die Richter mit ihrem Urteil unrecht taten, da der Beweis des Verrates nicht unwiderleglich erbracht war.

Deutsches Reich.

Von der Vaterlandspartei.

Berlin, 21. Februar. (Von unserer Berliner Büro.) Der Landesverein Groß-Berlin der Deutschen Vaterlandspartei hielt gestern Abend eine Mitgliederversammlung ab. Der Hauptredner des Abends war der frühere Bundeswirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer. Er führte unter anderem aus, es wäre lebensfähig besser gewesen, wenn man in West-Europa Herrin Trost alsbald den Stuhl vor die Tür gesetzt hätte. Er wolle so doch nur Propaganda für die Revolutionierung Europas machen. Dankbar begrüßte der Redner den Frieden mit der Ukraine. Die Verhandlungen mit Großrußland formalisierte Freiherr von Schorlemer ähnlich wie sich Herr Dr. Stresemann gestern im Reichstag ausgesprochen hätte.

Letzte Meldungen.

England erkennt die Ukraine nicht als selbständigen Staat an.

Stockholm, 19. Febr. (Brin-Tel.) Ein Telegramm aus Petersburg meldet, daß die englische Regierung laut Erklärung des englischen Geschäftsträgers nicht geneigt ist, die Ukraine als selbständigen Staat, noch den von der Ukraine mit Deutschland geschlossenen Sonderfrieden anzuerkennen.

Mobilisation der Kosaken.

m. Köln, 21. Febr. (Brin-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet von der Schweizer Grenze: Der Nachfolger Kalebins, General Rafarow, ordnete die Mobilisation aller Kosaken zwischen dem 18. und 45. Lebensjahre an.

Die Russen rechneten auf Coderung der deutschen Mannesjucht.

m. Köln, 21. Febr. (Brin-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Zürich: Die Nachricht von der Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch den Sowjet, die Sowjet verbietet, erzetzt hier Ueberzeugung und Ansehen. Die „Neue Züricher Zeitung“ erklärt den Umsturz in Petersburg dadurch, daß die Bolschewiki, verführt durch die Propaganden deutscher Blätter, wie der „Vorwärts“, angenommen, daß deutsche Soldaten in der Tat nicht

mehr gegen die Russen marschieren, und sich dem einseitigen Gläubigen hingaben, die Kammesjucht in der deutschen Armee sei bereits durch die maximalistischen Grundzüge und das sozialistische Gemeinschaftsgefühl gelöst worden. Nur so sei zu erklären, daß die Maximalisten hätten warten wollen, bis die deutsche Regierung ihre Drohungen verwirklichte. Vermutlich würden, so meint das Blatt, die deutschen Bedingungen jetzt härter sein als in Bismarck-Zeiten. Zum mindesten müßte Deutschland verlangen, daß die Ukraine, Litauen und die baltischen Provinzen, vielleicht auch Finnland, von den Angriffen der Bolschewiki verschont bleiben, und etwa eine deutsche Besatzungsarmee

Die Zustimmung der amerikanischen und englischen Arbeiter zu Wilsons Kriegszielen.

London, 19. Febr. (Brin-Tel.) Das Reuterische Bureau meldet aus Washington vom 18. Februar: Der ausführende Rat des amerikanischen Arbeiterverbandes veröffentlicht am Schluß einer sechstägigen Sitzung eine Erklärung, in der er u. a. sagt: Wilsons Feststellung der Kriegsziele sei von den englischen organisierten Arbeitern rückhaltlos angenommen worden und sei in völliger Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, die durch die Uebereinkunft der amerikanischen Arbeiterverbände in Buffalo angenommen worden seien. Die Arbeiter wünschten ihren Teil für die Republik zu tun, um den Krieg zu gewinnen. Der Krieg sei ein Krieg der Arbeiter und müsse durch Sieg gewonnen werden. Die amerikanischen Arbeiter bebauerten, daß die Umstände es ihnen unmöglich machten, in dauernder persönlicher Fühlung mit den Arbeitern der alliierten Länder zu sein und daß sie auf der kommenden Arbeiterkonferenz nicht vertreten seien.

Eröffnung der Londoner sozialistischen Konferenz.

London, 20. Febr. (Brin-Tel.) Die internationalisierte sozialistische Konferenz wurde heute eröffnet. Die Verhandlungen der Konferenz werden bei geschlossenen Türen stattfinden.

Handel und Industrie.

Getreide-Wochenbericht.

Angesichts der Senkung der Preise ab 1. März d. J. hat die Zunahme der Getreidezufuhren angehalten. Nach wie vor haben diejenigen Mühlen, welche in den Hauptgebieten liegen, hiervon den meisten Nutzen, währenddem die Mühlen z. B. im Westen und Süden des Reiches, bis zu welchen das Mahlgut einen langen Bahnhweg zurücklegen muß, weniger gut versorgt sind.

Die Zunahme der Ablieferungen kommt hauptsächlich in Roggen zum Ausdruck, währenddem die Ablieferungen von Gerste, Hafer und Weizen im großen und ganzen unverändert andauern. Die Zufuhren aus Rumänien haben neuerdings eingesetzt und zwar handelt es sich um beträchtliche Mengen Mais. Die Bedingungen, zu welchen die Reichsgetreidestelle die Verarbeitung derselben vergibt, sind den Mühlen zugunsten. Am Mahlgut wird bezahlt M. 28, 20 oder M. 22, je nach der vorgeschriebenen Ausbeute (Mehl ohne oder mit Grieß vorab und Kleie oder Schrot). Die Entkeimung muß selbstverständlich ausnahmslos durchgeführt werden, entsprechend den Bestimmungen und Vorschriften des Kriegsausschusses für Oele und Fette. Die Entkeimung des Mahlguts ergibt bekanntlich ein weit besseres Resultat als bei Brotgetreide, so daß der Kriegsausschuß als Minimum der zu liefernden Keime 10 Prozent vorschreiben kann. Die Keime werden entölt und werden nach der Entölung noch für die menschliche Ernährung verwendet.

Die Aushilfe aus der Ukraine scheint durch die jetzt in Gang befindlichen militärischen Operationen wieder etwas hinausgerückt. Aus dem Ausland ist zu bemerken, daß nunmehr sowohl England als auch Frankreich zur Einführung der Brotkarte geschritten sind und zwar zunächst in den Hauptstädten dieser Länder. Schon bald soll sich die Bevölkerung erst langsam mit dem Gedanken an die allgemeine Rationierung vertraut machen.

Zürcher Devisenkurse.

Table with columns for cities (Zürich, Wien, Holland, New York, London) and exchange rates for various currencies.

New Yorker Warenmarkt.

Table with columns for commodities (Kassawolle, Zelt. Atl. Hdt., NYork-Jahre, etc.) and prices.

Chicagoer Warenmarkt.

Table with columns for commodities (Weißer März, Hefer März, Schmalz, etc.) and prices.

Londoner Metallmarkt.

Table with columns for metals (Kassan 120/120, etc.) and prices.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar.

Table with columns for stations (Walden, Kehl, Maxau, Mannheim, etc.) and water levels for different dates.

Wetter-Aussichten für mehrere Tage im Voraus.

21. Februar: Kaum Regen, viel geräuselt, verregnet. 22. Februar: Kaum verändert. 23. Februar: Wolkig, teils heiter, stichweise Niederschlag, nachts kalt.

Beleuchtungskörper für elektrisches Licht.

BROWN, BOVERI & C. A. G. Abteilung Installationen. O 4, 8, 9. Fernspr. 662, 680, 2032, 7495. Hauptniederlage der Ouremamp.

